

Der Spandauer Weg: Mit Fortschritt und Tradition Spandau lebenswert gestalten

**Vereinbarung einer Zählgemeinschaft
zwischen den Spandauer Kreisverbänden
von CDU und Bündnis'90/Die Grünen**

2023 - 2026

Inhalt

1. Wir wollen gemeinsam handeln.	2
2. Wir wollen, dass Spandau wieder funktioniert.....	3
3. Wir wollen eine attraktive und leistungsfähige Verwaltung.....	4
4. Wir wollen ein jüngeres Spandau.....	5
5. Wir wollen ein Spandau, in dem man gerne lebt.....	6
6. Wir wollen ein Spandau mit starker Wirtschaft vor Ort.	8
7. Wir wollen, dass man gut in Spandau wohnen kann.....	8
8. Wir wollen ein Miteinander auf Spandaus Straßen.	9
9. Wir wollen mit dem Berliner Senat zusammenarbeiten.....	10

Der Spandauer Weg: Mit Fortschritt und Tradition Spandau lebenswert gestalten

Die Spandauerinnen und Spandauer haben sich nach elf Jahren SPD-Führung am 12. Februar 2023 für einen Politikwechsel im Bezirk entschieden.

Die Spandauer Kreisverbände von CDU und Bündnis'90/Die Grünen wollen im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, Spandau gemeinsam in eine gute und lebenswerte Zukunft führen und dabei mit dem „Spandauer Weg“ Fortschritt und Tradition vereinen. Wesentlicher Bestandteil der vertrauensvollen Zusammenarbeit beider Partner der Zählgemeinschaft (ZG) ist jeweils eine stabile Mehrheit sowohl bei der Wahl des Bezirksamtes als auch bei wesentlichen Themen in der Bezirksverordnetenversammlung.

In der vorliegenden Vereinbarung wird beschrieben, mit welcher Haltung und welchen Maßnahmen die Partner von CDU und Bündnis'90/Die Grünen Spandau als lebenswerten Ort für alle Spandauerinnen und Spandauer erhalten und weiterentwickeln wollen.

1. Wir wollen gemeinsam handeln.

Beide Parteien gehen keine feste Koalition ein, streben jedoch an, in der BVV und im Bezirksamt gemeinschaftlich zu agieren.

Grundlage der weiteren Zusammenarbeit bis zum Ende der laufenden Wahlperiode sind die inhaltlichen Festlegungen dieser Vereinbarung und der mindestens vierteljährliche Austausch zwischen den Parteien und Fraktionen von CDU und Bündnis'90/Die Grünen.

Als gemeinsamer Kandidat für das Amt des Bezirksbürgermeisters wird Frank Bewig vorgeschlagen. Die Partner von CDU und Bündnis'90/Die Grünen werden die Kandidatinnen und Kandidaten der ZG für das Bezirksamt und für Funktionen innerhalb der Bezirksverordnetenversammlung gemeinsam mit allen Stimmen wählen.

Die CDU stellt als stärkste Fraktion den Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung. Der CDU steht nach der Berechnung nach d'Hondt neben dem Vorsteher auch die Funktionen des Schriftführers und des stellv.

Schriftführers im BVV-Vorstand zu. Die CDU überlässt dem Zählgemeinschafts-Partner Bündnis'90/Die Grünen den Wahlvorschlag für den stellv. Schriftführer.

Vor jeder Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) findet ein Austausch und eine Abstimmung über den Ablauf und die inhaltlichen Initiativen zwischen den Fraktionen statt. Beide Partner streben ein konstruktives und faires Klima aller in der BVV vertretenen Parteien an.

Die ZG legt sich auf folgende Eckpunkte für die Arbeit in der BVV fest:

Die Anzahl der Ausschüsse soll auf 16 begrenzt werden (inkl. GO, Eingaben und Beschwerden sowie Ältestenrat). Über Zuschnitt, Bezeichnung und Anzahl der Mitglieder berät die ZG nach Festlegung der Geschäftsbereiche. Die abschließende Beratung und Festlegung dazu erfolgt durch die ZG.

Pro Ausschuss werden drei Bürgerdeputierte auf Vorschlag der CDU und einer auf Vorschlag der SPD gewählt, wovon die CDU Bündnis'90/Die Grünen bei vier Bürgerdeputierten (jeweils immer nur einen pro Ausschuss) den Wahlvorschlag überlässt.

Eine stabile und verlässliche Haushaltspolitik ist Grundlage für zukunftsgerichtetes Handeln. Bei der Aufstellung und Beschlussfassung des Bezirkshaushaltes und der Investitionsplanung wird versucht, Einigkeit zwischen den Zählgemeinschaftspartnern zu erzielen. Es bleibt das gemeinsame Ziel der ZG, den Bezirkshaushalt und die Investitionsplanung mit einer breiten Mehrheit in der BVV zu beschließen.

2. Wir wollen, dass Spandau wieder funktioniert.

Unser gemeinsamer Anspruch ist es, dass die Spandauerinnen und Spandauer schnell und unkompliziert die Dienstleistungen des Bezirksamtes in Anspruch nehmen können.

Dazu nehmen wir uns vor:

- Wir wollen die digitalen Dienstleistungsangebote ausbauen.
- Wir wollen den Livestream der BVV ermöglichen.
- Wir wollen daran arbeiten, dass auch kurzfristig Bürgeramtstermine gebucht werden können.
- Wir wollen die digitale Infrastruktur im Bezirk voranbringen. Dafür werden wir uns mit den Telekommunikationsanbietern zum Ausbau von Mobilfunk und Glasfaser verständigen.
- Wir werden mit der Freiwilligenagentur prüfen, wie ein Ehrenamtszentrum als Co-Working-Hub für Ehrenamtliche geschaffen werden kann, die im Auftrag

des Bezirks agieren. Das Ehrenamtszentrum kann als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger damit auch dem Ehrenamtsbüro des Bezirkes wieder mehr Aufmerksamkeit geben.

- Wir wollen den BVV- und Bezirksamtsbeschluss zur Klimanotlage in Spandau über die bezirklichen Mittel hinaus mit Hilfe von Landes-, EU- und Bundesmitteln für Sachmittel und Personal umsetzen.
- Wir wollen, dass Spandau inklusiver wird. Daher wollen wir das Projekt „Spandau Inklusiv“ weiter voranbringen und mit finanziellen Mitteln ausstatten.
- Wir wollen das Miteinander von Mensch und Tier konstruktiv gestalten. Der Tierschutz hat für uns eine herausragende Bedeutung. Deswegen wollen wir die Stelle eines Tierschutzkoordinators beim für die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung zuständigen Bezirksamtsmitglied schaffen. Darüber hinaus wollen wir als eine der ersten Maßnahmen einen weiteren Standort für einen Taubenschlag schaffen und den Betrieb mit finanziellen Mitteln im Haushalt absichern.

3. Wir wollen eine attraktive und leistungsfähige Verwaltung.

Die fachliche Kompetenz und das persönliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes haben für uns einen hohen Stellenwert. Auf Grund des begonnenen Generationenwechsels und der mit der wachsenden Stadt verbundenen immer mehr zunehmenden Aufgaben für die Bezirksämter sind wesentliche Verwaltungsbereiche nur eingeschränkt arbeits- und handlungsfähig.

Das gemeinsame Ziel ist es daher, die Spandauer Verwaltung wieder arbeits- und handlungsfähiger zu machen und durch gezielte Maßnahmen (z.B. New Work) als attraktiven Arbeitgeber aufzustellen.

Dazu nehmen wir uns vor:

- Wir wollen den öffentlichen Dienst nachhaltig stärken. Durch zusätzliches Personal wollen wir die Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren wiederherstellen. Dazu zählt auch eine gute und wettbewerbsfähige Bezahlung.
- Wir wollen den Bereich der bezirklichen IT weiter personell verstärken, um die Digitalisierung voranzutreiben, aber auch die Leistungsfähigkeit der vorhandenen IT-Infrastruktur auszubauen.
- Wir wollen, dass hybride Sitzungen im Arbeitsalltag der bezirklichen Fachämter zur Normalität werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter gesteigert wird.
- Wir wollen, dass Bürohunde unter klar definierten Regeln ermöglicht werden.

- Wir setzen uns für ein faires Spandau ein. Initiativen des Fairen Handels mit Produkten oder die Unterstützung von ökologischen und sozialen Unternehmen sowie bei der Beschaffung des Bezirksamts sollen vorangebracht werden.

Zu einer leistungsfähigen Verwaltung gehört aber auch ein attraktives Arbeitsumfeld und eine Erreichbarkeit der Verwaltung vor Ort. Daher nehmen wir uns vor:

- Wir wollen, dass das Bezirksamtskollegium einmal im Quartal in den Ortsteilen Spandaus tagt.
- Wir wollen prüfen, ob die Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) für den Bezirk weitere Bürodienstgebäude bauen kann. Dabei soll insbesondere der Bau eines Bürgerzentrums in der Klosterstraße durch die BIM im Mittelpunkt der Prüfung stehen.
- Wir wollen, dass die bezirklichen Liegenschaften möglichst schnell klimagerecht saniert werden.
- Wir wollen, dass Fassaden und Dächer von bezirklichen Liegenschaften begrünt werden.

4. Wir wollen ein jüngeres Spandau.

In den nächsten Jahren entstehen in Spandau z. B. mit Projekten wie dem Siemensstadt Square, dem Neuen Gartenfeld oder auch „The HUB“ Orte des technologischen Fortschritts. Spandau wird dadurch zu einem Technologiezentrums Berlin. Hier wird aktiv Zukunft gestaltet.

Das innovative und kreative Potenzial junger Spandauerinnen und Spandauer ist enorm groß. Ihnen gilt es, Unterstützung und Raum zu geben. Spandaus kluge Köpfe darf es daher nach der Schule nicht automatisch nach Berlin oder anderswo hinziehen. Dafür muss Spandau an seinem Image arbeiten und mehr bieten.

Daher nehmen wir uns vor:

- Wir wollen uns gegenüber dem Berliner Senat für die Realisierung der geplanten neuen Schulstandorte einsetzen und die Sanierung der Schulen vorantreiben.
- Wir wollen uns für die Ansiedlung einer Hochschule oder einer Außenstelle einer Hochschule und eines Studentenwohnheims in Spandau einsetzen.
- Wir wollen die Angebote der Stadtbibliothek auch auf Schulen und die Öffnungszeiten auf das Wochenende ausweiten.
- Wir wollen die finanzielle Ausstattung der Volkshochschule und der Bibliotheken erhöhen.

- Wir wollen die Musikschule Spandau am neuen Musikschulstandort durch zusätzliche Mittel stärken.
- Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Clubcommission daran arbeiten, dass sich in Spandau wieder mindestens ein Club und vielleicht auch wieder eine Strandbar etabliert. Dafür werden wir in einem ersten Schritt prüfen, ob Räumlichkeiten auf der Zitadelle und der Ratskeller im Rathaus Spandau geeignet sind. Weitere Liegenschaften auch für Open-Air-Angebote wollen wir auf Realisierbarkeit prüfen.
- Wir wollen das Spandauer Gesundheitsziel „Gesund aufwachsen, leben und älter werden“ weiter vorantreiben und dafür sorgen, dass sich insbesondere die gesundheitliche Entwicklung unserer Kleinsten von den sozialen Problemlagen abkoppelt und ein gesundes Aufwachsen ermöglicht wird. In diesem Zusammenhang wird das Engagement für gesunde Ernährung, für mehr Bewegung und zur seelischen Gesundheit in den Kitas und Schulen ausgeweitet.
- Wir wollen uns für Wohnraum für Jugendwohnen, wie z. B. Careleaver einsetzen.
- Wir wollen zukünftig auch den Bau von Einfamilien- und Doppelhäusern für junge Familien ermöglichen.
- Wir wollen die Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten und die Schaffung weiterer Standorte prüfen.
- Wir wollen durch die Umsetzung von Jugendpolitik- und Jugenddemokratietagen die politische Bildungsarbeit stärken.
- Wir wollen eine Koordination für Kinder- und Familienarmutsprävention einführen.
- Wir wollen bezirkliche Angebote für queere Jugendarbeit schaffen und ausbauen.
- Wir wollen Jugendlichen durch gezielte Kooperationen von Jugendfreizeiteinrichtungen mit Partnern aus dem Bereich des E-Sports an dieses Berufs- und Sportfeld heranzuführen und diese unterstützen.

5. Wir wollen ein Spandau, in dem man gerne lebt.

„Spandau bei Berlin“ – Das ist für viele Spandauerinnen und Spandauer nach wie vor ein Ausdruck der gelebten Verbundenheit zu ihrer Heimat. Aber auch Spandau wächst. Unser Anspruch ist es, dass sich sowohl die geborenen Spandauerinnen und Spandauer, aber auch die Neu-Spandauerinnen und Spandauer in unserem Bezirk wohl fühlen und hier gerne leben. Spandau hat eine offene und aktive (Zivil-) Gesellschaft, die wir im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten fördern wollen.

Daher nehmen wir uns vor:

- Wir wollen Spandaus Geschichte noch sichtbarer machen und Traditionsveranstaltungen wie z. B. das Spandauer Juliusmahl wieder aufleben lassen. Dabei sollen auch die Spandauer Ortsteile bei Jubiläen und Ortsteilveranstaltungen unterstützt werden.
- Wir wollen, dass die Spandauer Stadtfeste eine Zukunftsperspektive bekommen. Dazu wollen wir ämterübergreifend gemeinsam mit den Ausrichtern der Stadtfeste eine Konzeption erstellen, um damit auch Planungssicherheit für alle Beteiligte zu erreichen.
- Wir wollen, dass Spandau sauberer und gepflegter wird. Durch zusätzliche finanzielle Mittel im Haushalt wollen wir Baumscheiben häufiger pflegen, Spandaus Grünanlagen weiter verschönern und an möglichst vielen Stellen im Bezirk noch mehr bienengerechte Blumen pflanzen.
- Wir wollen eine Kooperationsvereinbarung mit der BSR abschließen, damit Dreckecken und Sperrmüll im öffentlichen Raum schneller beseitigt werden. In Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt sollen Müllsünder ermittelt und bestraft werden.
- Wir wollen die Istanbul-Konvention im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten umsetzen. Häusliche Gewalt ist leider auch in Spandau stark verbreitet. Wir wollen uns beim Berliner Senat und den Wohnungsbaugesellschaften für die Ausweitung von Fluchtwohnungen und Frauenhäusern einsetzen, die Beratungs- und Schutzangebote für von Gewalt betroffenen oder bedrohten Frauen* ausbauen und das Spandauer Netzwerk gegen häusliche Gewalt auch finanziell weiter ausbauen.
- Wir wollen, dass sich Spandau mit der Zitadelle, dem Kulturhaus und der Freilichtbühne weiter zu einem überbezirklichen Kulturstandort entwickelt. Wir wollen dabei auch den bezirklichen Kulturschaffenden weiterhin die Chance geben, ihre Kunst an exponierter Stelle zu präsentieren.
- Wir wollen die Spandauer Erinnerungskultur stärken. Dafür wird die neu geschaffene Stelle für Erinnerungskultur einen wichtigen Beitrag leisten. Dazu gehört für uns auch, das Gedenken an die Spandauer Mauertoten sowie an die Spandauer Verfolgten und Widerständlerinnen und Widerständler der NS-Diktatur zu betonen.
- Wir wollen, dass sich in Spandau ein Theater ansiedelt.
- Wir wollen die Seniorenklubs erhalten und die Schaffung weiterer Standorte prüfen.
- Wir wollen die Sportförderung des Bezirks auch finanziell aufstocken, um den Spitzensport zu unterstützen.
- Wir wollen die Städtepartnerschaften unseres Bezirks wieder lebendiger leben. Wir streben daher eine neue Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt an.

- Wir wollen unsere Spandauer Kleingärten langfristig sichern und Photovoltaikanlagen und Swimmingpools auch offiziell ermöglichen. Die kleingärtnerische Nutzung soll weiterhin im Mittelpunkt stehen und ggf. in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband Spandau der Kleingärtner - wo erforderlich - wieder intensiviert werden.
- Wir wollen einen verbindlichen Fahrplan für die Sanierung der Spandauer Friedhöfe erarbeiten.
- Wir wollen und werden den muslimischen Teil des Landschaftsfriedhofs Gatow weiter mit Hilfe von finanziellen Mitteln des Berliner Senats bedarfsgerecht ausbauen. Der Berliner Senat hat jedoch die Verantwortung, dringend weitere Bestattungsmöglichkeiten für Muslime in anderen Berliner Bezirken zu schaffen, da die Flächen in Gatow endlich sind.
- In Zusammenarbeit mit der Deutschen Wildtierstiftung soll geprüft werden, wie weitere Wildbienenwiesen im Bezirk ausgewiesen werden können.

6. Wir wollen ein Spandau mit starker Wirtschaft vor Ort.

In Spandaus Kiezen soll man alles vorfinden können, was man zum Leben braucht: Vom Dienstleistungsangebot der Verwaltung bis zum Kinderarzt, von der Bank bis zum Supermarkt. Uns ist daher wichtig, auch die Entwicklung der Wirtschaft im Bezirk zu fördern.

Daher nehmen wir uns vor:

- Wir wollen einen beim für die Wirtschaftsförderung zuständigen Bezirksbürgermeister angesiedelten Innovationsbeauftragten einsetzen, der qualifizierter Ansprechpartner für Firmen, Start-Ups und die Kreativbranche ist.
- Wir wollen auf dem Gelände des geplanten Pflegecampus in den ehemaligen Alexander-Barracks Raum für Gewerbe erhalten und schaffen.
- Wir wollen einen Preis für nachhaltige Unternehmensführung ausloben.

7. Wir wollen, dass man gut in Spandau wohnen kann.

Unser Bezirk steht im Fokus des Berliner Wohnungsbaus. Mit Großprojekten wie dem ehemaligen Carossa-Quartier, den Pepitahöfen, der Waterkant, dem Neuen Gartenfeld und auch dem Siemensstadt Square wurden und werden mehrere Tausend Wohneinheiten entwickelt und damit ein erheblicher Beitrag zum Wohnungsbauziel des Landes Berlin geleistet.

Gemeinsames Anliegen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist es, den benötigten Wohnungsbau mit Sinn und Verstand zu ermöglichen, hierbei aber vor allem auch

soziale Entwicklungen zu lenken. Wir wollen nicht, dass Großsiedlungen gleich bei oder planerisch vor Einzug zu Quartiersmanagementgebieten werden.

Daher nehmen wir uns vor:

- Wir wollen in Spandau Großquartieren für eine bessere soziale Ausgewogenheit und eine größere Attraktivität des Kiezes sorgen. Dazu werden wir den Berliner Senat und die Wohnungsbaugesellschaften an einen Tisch holen und gemeinsame Verabredungen treffen.
- Wir wollen Grundstücks- und Wohnungsspekulanten entschieden entgegentreten.
- Wir wollen vermehrt auch wohnortnahe Alternativen zum Einfamilienhaus schaffen, damit man im Alter nicht allein in einem großen Haus leben und den eigenen Kiez nicht verlassen muss.
- Wir wollen die Zukunft der Quartiersmanagementgebiete sicherstellen, indem wir uns beim Senat dafür einsetzen, dass die Regelangebote in bezirklicher Trägerschaft weitergeführt werden und der Senat dem Bezirk dafür die notwendigen Finanzmittel bereitstellt.
- Wir wollen in Spandau keine neuen Quartiere und keine weitere Nachverdichtung zulassen, sofern der Berliner Senat nicht die unwiderrufliche Festlegung oder Planung von verkehrlicher wie auch sozialer und gesundheitlicher Infrastruktur bis zum Zeitpunkt des ersten Einzugs beschlossen hat.
- Wir wollen den Klimaschutz auch in der Stadtplanung und der Städtebauförderung von Anfang an mitdenken.
- Wir wollen Bauwilligen Beratungsangebote für Klimaschutz anbieten.
- Wir wollen die im Bezirk bestehenden Milieuschutzgebiete nach Möglichkeit erhalten.

8. Wir wollen ein Miteinander auf Spandaus Straßen.

Als Außenbezirk steht Spandau auch verkehrlich unter besonderem Druck. Die Verkehrsinfrastruktur ist in den 1980er Jahren stehen geblieben, dennoch wachsen neben dem Bezirk selbst auch die umliegenden Wohngebiete in Brandenburg.

Daher nehmen wir uns vor:

- Wir wollen Spandaus öffentliche Straßen, Rad- und Fußwege sanieren. Um den Investitionsrückstau im hohen dreistelligen Millionenbereich abzubauen, werden wir die Mittel für Straßenunterhaltung erhöhen, damit neben Fahrbahnen auch Geh- und Radwege saniert werden können.
- Wir wollen mit dem Berliner Senat Ideen und Vorstellungen entwickeln, wie der Verkehrsknotenpunkt Rathaus Spandau neu gestaltet werden kann.

- Wir wollen Spandaus Radwege sanieren und im Rahmen der bezirklichen und räumlichen Möglichkeiten ausbauen.
- Wir wollen gemeinsam mit dem Berliner Senat den Bau von Fahrradparkhäusern forcieren, weitere Standorte prüfen und Fahrradboxen auf öffentlichem Straßenland ermöglichen.
- Wir wollen ein Sonderprogramm für Bordsteinabsenkungen schaffen, um den öffentlichen Raum barrierefrei zu gestalten.
- Wir wollen den öffentlichen Personen-Nahverkehr ausbauen. Dazu gehören für uns die U-Bahnverlängerung mindestens bis zur Heerstraße Nord sowie eine S- oder U-Bahnverlängerung nach Staaken und ins Falkenhagener Feld sowie eine unterirdische Verlängerung der Siemensbahn bis nach Hakenfelde.
- Wir wollen, dass eine Straßenbahnverbindung von Krampnitz bis zur Heerstraße ernsthaft durch die Länder Brandenburg und Berlin geprüft wird.
- Wir wollen uns für die Schaffung von P+R sowie Mobility-Hubs auch in Brandenburg einsetzen, um den Pendlerverkehr aus Spandau herauszuhalten.
- Wir wollen, dass die vorhandenen Regionalbahnverbindungen ins Brandenburger Umland, aber auch in die Berliner Innenstadt durch höhere Taktzeiten verstärkt werden.
- Wir wollen mit dem Berliner Senat Busspuren ausbauen, sofern die Auswirkungen vorher gründlich untersucht wurden.
- Wir wollen den Berliner Senat beim Bau von Radschnellwegen unterstützen. Dabei setzen wir uns auch für Ladestationen für E-Bikes und Repair-Stationen an der Strecke ein.
- Wir wollen die dringend benötigte Verlängerung des Brunsbütteler Damms und damit die Anbindung an die L20 voranbringen. Dafür werden wir gemeinsam mit dem Berliner Senat und dem Land Brandenburg nach Lösungen suchen.
- Wir wollen einen schnelleren und größeren Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität im öffentlichen Raum und auf den Stellflächen der Wohnungsbaugesellschaften gegenüber dem Berliner Senat einfordern.
- Wir wollen die bezirklichen Parkplätze erhalten und in Kooperation mit externen Partnern mit Photovoltaik überdachen.

9. Wir wollen mit dem Berliner Senat zusammenarbeiten.

Die Partner von CDU und Bündnis'90/Die Grünen Spandau setzen sich gegenüber dem Berliner Senat für ein besseres und abgestimmtes Vorgehen zwischen Senat und dem Bezirk Spandau ein. Hierzu wird eine gemeinsame Vorhaben- und Maßnahmenplanung angestrebt, um Prozesse verlässlicher und schneller zu

gestalten. Landes- und Bezirksverwaltung müssen bei den wesentlichen Vorhaben an einem Strang ziehen.

Spandau, den 20.03.2023

Für die CDU Spandau

Kai Wegner

Frank Bewig

Arndt Meißner

Für Bündnis'90/Die Grünen Spandau

Katja Mielke

Maurice Lange

Dara Kossok-Spieß

Christoph Sonneberg-Westeson